

LESERBRIEFE

Mehr Demokratie würde schaden

Zum Thema Kraftwerk und Politik erreichte uns folgende Zuschrift.

Nun wollen wir uns mal nichts vormachen: Politik gehört in Politikerhände.

Mögen sich manche berufen fühlen, nur wenige sind wirklich auserkoren. Da kann man nicht einfach mit gesundem Menschenverstand daherkommen.

Dagegen ist ein Ratsbeschluss in dieser Sache sehr sinnvoll. Politiker sind verlässliche Partner, aber es kommt natürlich auf den Partner an.

Und dem Bürger fehlt es einfach an Sachverstand und Weitblick. Die katastrophalen Folgen von Entscheidungen, die Bürger treffen, kann man schließlich bei jeder Wahl beobachten.

Findet trotzdem eine Auseinandersetzung mit Politikern statt, sollte diese unbedingt sachlich sein. Eine sachliche Argumentation muss als solche gekennzeichnet werden.

Zu kompliziert? Dann sind Sie Bürger, sollten sich schön geschlossen halten und den Politikern die Politik überlassen.

„Das hat es noch nie gegeben“ und „Da könnte ja jeder kommen“. Guten Rutsch und viel Spaß beim nächsten Stummtritt.

Andreas Becker Borker Straße 132

Wer A sagt muss nicht B sagen!

Dieser Leser richtet sich direkt an SPD-Ratsherr Heinz-Joachim Otto.

Zunächst möchte ich mich beim Ratsherrn Heinz-Joachim Otto (Foto) für die Unterweisung in das repräsentative Demokratiemodell ganz herzlich bedanken.



kann mich gut erinnern, dass wir seinerzeit im Politikunterricht über die Vorteile (aber auch möglicher Nachteile) dieser Staatsform ausführlich diskutiert haben. Es liegt in der Natur der Sache, dass ein Unterweisungsversuch in Form eines Leserbriefes zwangsweise zu einer Verkürzung der Problematik führt.

Lothar Kirchner Flachskamp 34



Die Mitglieder von Attac und der Bürgerbewegung für Kyoto-Recycling und Kreislaufwirtschaft durften bei ihrem Stand nichts zum Thema Kraftwerksneubau sagen – nach Angaben der Stadt, weil sie auf einem Standort innerhalb des Weihnachtsmarktes bestanden.

Foto privat

Klencz: „Keine Maulkörbe“

Ärger um Infostand am internationalen Klimaaktionstag auf der Lippebrücke

LÜNEN • Ein Infostand sorgt für Ärger. Die Mitglieder von Attac Lünen/Werne und die Bürgerbewegung für Kyoto-Recycling und Kreislaufwirtschaft sind sauer, dass sie sich nicht zum Lünen Kraftwerksthema äußern sollten.

Das war die Auflage der Stadt für den Infostand am 8. Dezember auf der Lippebrücke anlässlich des internationalen Klimaaktionstages (wir berichteten).

Das Problem: Der Stand war im Bereich des Weihnachtsmarktes beantragt, der sozusagen als „politikfreie Zone“ definiert ist.

ten, mussten wir ihnen verbieten, Informationen für oder gegen die Errichtung des Trianel- oder Evonik-Kraftwerks zu geben“, so Erster Beigeordneter Günter Klencz (Foto).



Zudem habe der Infostand auch mit den Weihnachtsmarktbesuchern abgesprachen werden müssen.

Hätte man den Stand beispielsweise auf dem Marktplatz oder an der Persiluhr aufgebaut – außerhalb des Weihnachtsmarktbereichs – wären solche Proteste oder

Informationen durchaus erlaubt gewesen, wie Klencz lautet. „Die freie Meinungsäußerung ist möglich, wir wollen keine Maulkörbe verteilen“, so Klencz.

Klebeband

Zudem sei zwischen dem Bescheid mit der Auflage und dem Tag des Infostandes Zeit genug gewesen, um mit ihm oder dem Pressesprecher Reinhold Urner ein Gespräch zu führen, hob Klencz hervor.

Die Bürgerbewegung und die attac-Mitglieder hatten sich demonstrativ selbst mit Klebeband den Mund verschlossen. „Viele Menschen wollten wissen, warum an ei-

nem internationalen Klimaaktionstag nicht über die Lünen Kraftwerke gesprochen werden darf“, so Bernd Schlitter-Baukloh von attac. Man habe den Bürgern gesagt, dass der Bürgermeister und das Kulturbüro ihnen verboten hätten, über diese Themen zu sprechen.

Es gebe schon viele Alternativen zu Kohlekraftwerken, die man nur nutzen müsse, so Schlitter-Baukloh. „Kyro-Recycling bezeichnet eine Methode der Wiederverwertung, bei der Abfall zunächst bei -160 Grad gefroren wird. Anschließend lassen sich die Wertstoffe leichter trennen, so die Verfechter dieser Methode.“

WEB-FORUM

Wer soll ein Kohlekraftwerk bauen dürfen – Trianel, Evonik oder keiner? Darüber wird in unserem Internet-Forum diskutiert:

Im Vorabdruck der Erklärung, die Herr G. Klencz abgegeben hat, steht ein Satz der alles sagt:

„Die Bezirksregierung hat allein nach Recht und Gesetz zu entscheiden, nicht aber nach dem Befinden von Bürgerinnen und Bürgern.“ Im Klartext heißt das wohl soviel wie: Zur Hölle mit BI's und Einwendern. Wir verstecken uns hinter der Bezirksregierung und machen was wir wollen. Diese Machtarroganz ist kaum zu überbieten.

nightpic

Noch bleibt Trianel bei der Stange. Sollte die Politik aber doch noch umfallen, so hat das für den Standort Lünen sicherlich einen ganz ganz besonderen 'Vorteil': Jeder zukünftige Investor, egal aus welcher Branche, wird sich drei Mal überlegen, ob er das Risiko auf sich nimmt, in dieser Region auch nur einen Cent zu investieren. Damit müssten sich die Stadträte in Zukunft nicht mehr oder nur noch selten mit den professionellen Bedenkenträgern auseinandersetzen. Sie können dann weiterhin der gewohnten Aufgabe folgen, die Arbeitslosen und die Schulden zu verwalten.

sammy55

Hallo sammy, nun Ihre These mal aus anderer Sicht. Wird das Kraftwerk genehmigt, machen wir Tür und Tor für weitere umweltschädigende Industrien auf.

Schon jetzt wird Lünen (bez. Einwohnerzahl zur Fläche) diesbezüglich in NRW nur von Duisburg getoppt (noch). Und wer das Genehmigungsverfahren begleitet hat, weiß, je mehr vorhandene Hintergrundbelastungen vorhanden sind desto einfacher ist die Genehmigung neuer Industrien. Und ist ein maximaler Grenzwert erreicht wird z.Bsp.: ein Fahrverbot ausgerufen und alles wird besser! Na, toll.

ehemaliger

An Ehemaliger. Das was Sie da schreiben sind haltlose Angaben frei aus der Luft gegriffen, genauso haltlos wie die unwahren Argumente der BI.

freestyle

Wenn wir keinen Atomstrom und keinen Kohlestrom mehr möchten, sollten wir mal eine andere Diskussion führen.

Wir sollten unseren Strombedarf sofort einstellen und zwar sollte man keine Spülmaschine, keine Waschmaschine, keine Straßenbeleuchtung, keine Weihnachtsbeleuchtung, kein Internet, kein Rundfunk, keine elektronischen Hilfsgegenstände mehr benutzen. Und das Auto fahren sollte auch sofort eingestellt werden. Denn die einzigen Dreckschleudern, die es auf der Welt gibt sind die Menschen und nicht irgendwelche Kraftwerke! Diese sinnlose Diskussion kann man sich nicht mehr antun!

lumpi

Ruhr Nachrichten.de Wie lautet Ihre Meinung? Diskutieren Sie mit: www.RuhrNachrichten.de/luenen

Anzeige

Advertisement for Dr. Michael Kalle, Notar, and EHLERS & FELDMEIER Rechtsanwälte. Includes contact information and a cityscape image.

LESERBRIEF

Auf der Höhe des Zeitgeistes?

Zum Thema „freiwilliger Bürgerentscheid“.

Interessant fand ich die Aussage von Friedhelm Schroeter, der dem erstaunten Leser mitteilte, dass er und seine CDU nicht dem vermeintlich mehrheitlichen Zeitgeist hinterherlaufen werden.

Was wollte uns damit Friedhelm Schroeter sagen und was sollen wir unter dem Begriff Zeitgeist verstehen? Die Enzyklopädie Wikipedia definiert den Zeitgeist wie folgt:

„Als Zeitgeist werden die allgemein vorherrschenden intellektuellen Überzeugungen und Ideen, Meinungen und Lebensauffassungen einer Epoche bezeichnet, die das soziologische, kulturelle und religiöse Klima sowie Verhaltensregeln und Ethik einer Zeit oder Epoche bestimmen.“

Die derzeitige Epoche des 21. Jahrhunderts ist davon geprägt, dass ein weltweiter Umdenkungsprozess in Sachen Energieerzeugung in Gang gekommen ist.

Die Menschheit hat begriffen, dass die fossilen Brennstoffe dem Ende entgegen gehen, dass wir eine ständig steigende Erderwärmung haben (...).

Alternative Energieerzeugung, Reduzierung des CO2-Ausstoßes, Senkung der Erderwärmung, Energieeinsparung und Kyoto-Protokoll sind heute Überzeugungen, Ideen, Meinungen und Le-

bensauffassungen, die diese Epoche bestimmen und somit den Zeitgeist prägen. Aber auch der enorme Widerstand gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke wird diese Epoche maßgeblich beeinflussen.

Mit seiner Aussage wollte uns Herr Schroeter also mitteilen, dass er und seine CDU nicht mehr ganz auf der Höhe der Zeit sind, und sie auch keine Anstalten unternehmen werden dieses Defizit aufzuholen, denn sie wollen ja nicht hinterherlaufen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Möller fühlt sich sogar erpresst, nur weil die Mehrheit der Lünen Bürger ihn auffordert sich dem Zeitgeist anzuschließen.

Da ist es doch sehr positiv wenn man erfährt, dass sich die UWG und auch die Grünen nach kurzen Irritationen wieder voll auf Höhe des Zeitgeistes befinden. Und mit Herrn Professor Dr. Hofnagel und der GFL haben wir nun für die nächste Kommunalwahl (Lünen Bürgerentscheid) eine weitere sehr attraktive Alternative, die ganz bestimmt auf Höhe des Zeitgeistes ist. (...).

Michael Krippes Am Kelmbach 44

Die Redaktion freut sich über jede Zuschrift. Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Bitte schreiben Sie nicht mehr als 70 Zeilen (28 Anschläge), damit wir möglichst viele Leserbriefe abdrucken können. Wir behalten uns Kürzungen vor. Sie sind durch (...) gekennzeichnet. Einsendungen mit vollständiger Anschrift und Telefonnummer an: Ruhr Nachrichten Münsterstraße 7 44534 Lünen Fax: 02306-76028 Mail: lokalredaktion.lueneen@ruhrnachrichten.de